



Brüssel, den 23. Mai 2022
(OR. fr)

8405/22

TRANS 237
RELEX 515

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Nr. Komm.dok.:	ST 8036/22 + ADD 1
Betr.:	Empfehlung für einen Beschluss des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen über ein Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine über den Straßengüterverkehr – Annahme

1. Die Kommission hat dem Rat am 6. April 2022 den eingangs genannten Vorschlag unterbreitet. Er betrifft die Aufnahme von Verhandlungen über ein Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine über den Straßengüterverkehr.

2. Mit dem Vorschlag soll der Kommission ein Mandat erteilt werden, um ein befristetes Abkommen mit der Ukraine zur Erleichterung des Straßengüterverkehrs zwischen der Union und der Ukraine (im Folgenden „Abkommen“) auszuhandeln, um die Auswirkungen der ungerechtfertigten und grundlosen militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine zu bewältigen. Die Verkehrssituation in der Ukraine ist infolge dieser militärische Aggression sehr schwierig geworden. Wichtige Verkehrswege für die Beförderung von Gütern über das Schwarze Meer sind blockiert oder wurden von russischen Streitkräften zerstört. Das Schienennetz wird derzeit vorrangig für die Beförderung von Fahrgästen und Flüchtlingen genutzt und ist nach wie vor beträchtlich durch russische Bombenangriffen gefährdet. Um der stark unter Druck stehenden ukrainischen Wirtschaft zu helfen und die Versorgungssicherheit der Union zu gewährleisten, ist es daher angezeigt, dringend ein befristetes Abkommen zwischen der Union und der Ukraine zu schließen, das es ermöglicht, Schienen- und Seeverkehr weitestmöglich durch bessere Alternativen des Straßengüterverkehrs zu ersetzen.
3. Die Gruppe „Landverkehr“ hat den Vorschlag in ihren Sitzungen vom 13. und 28. April sowie vom 2. Mai 2022 geprüft und Einvernehmen über den Entwurf erzielt.
4. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter wird daher ersucht, den Beschlussentwurf in der von den Rechts- und Sprachsachverständigen überarbeiteten Fassung (Dok. ST 8467/22) und die dazugehörigen Verhandlungsrichtlinien (Dok. ST 8524/22) zu billigen und ihn dem Rat zur Annahme vorzulegen.
5. Sobald der Beschluss angenommen ist, wird das Europäische Parlament darüber unterrichtet.